



## Fachkommission für Frieden und Sicherheit / Einladung – Invitation

Liebe Mitglieder der Fachkommission für Frieden und Sicherheit

Ich lade Euch im Namen unserer Präsidentin NR Priska Seiler herzlich zur nächsten Sitzung der Fachkommission für Frieden und Sicherheit der SP Schweiz ein. Mit eingeladen sind auch die Mitglieder der Fachkommission für Aussenpolitik. Wir treffen uns am

**Dienstag, 11. Dez. 2018, 18.15 – 20.15 Uhr**

**Bern, Bundeshaus, Zimmer 6**

**Achtung:** Bitte diese Einladung und einen Pass oder ID mitbringen,  
Eingang Bundesterrasse benutzen und dort vorweisen

### Traktanden

1. Begrüssung, Traktandenliste, Protokoll der letzten Sitzung

### 2. Die Rolle der Zivilgesellschaft zur Friedensförderung und Stärkung der Menschenrechte im Nahen Osten

Einführung:

**Heidi Grau**, Botschafterin, EDA, Chefin Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS)

**Stephan Kellenberger**, EDA, AMS, Programmleiter Mittlerer Osten/stellvertretender Sektionschef Friedenspolitik III (Nordafrika, Mittlerer Osten)

**Roland Dittli**, Swisspeace, Leiter Themenbereich «Analyse & Wirkung»

Autoritäre und nationalistische Regierungen haben in verschiedenen Weltregionen die Zivilgesellschaft zur Kampfzone gemacht. Von Orbán über Putin bis Xi Jinping und Netanjahu geraten unabhängige Nichtregierungsorganisationen unter Druck. Ins Visier gerät, wer die Menschenrechte verteidigt und in der Friedensarbeit aktiv ist.

Teil dieser Kampfzone ist die Aussenpolitik der Schweiz, die in ihrer internationalen Zusammenarbeit seit langem auf „die Zivilgesellschaft als Akteure des Wandels“ setzt, wie der Bundesrat in der „[Aussenpolitischen Strategie 2016–2019](#)“ betont. Die Schweiz setze sich „für die weltweite Respektierung und Förderung der Menschenrechte“ ein, indem sie „den Dialog mit allen Parteien sucht und sich dafür engagiert, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen“ und durch „die Einbindung der Zivilgesellschaft, des Privatsektors sowie anderer nicht-staatlicher Akteure in die Menschenrechtsthematik“.

Das Beispiel Naher Osten legt nahe, dass dieser zentrale Ansatz der Schweizer Aussenpolitik unter Druck gerät. Wie die israelische Tageszeitung [Haaretz](#) am 11. Oktober 2018 berichtete, telefonierte der israelische Regierungschef Netanyahu 40 Minuten lang mit Cassis, um ihn dazu zu bringen, dass die Schweiz ihre Zahlungen an Akevot stoppt. [Akevot](#) dokumentiert aus Sicht der Menschenrechte den Nahostkonflikt und ist seit langem [Zielscheibe](#) rechtsnationalistischer [Hetze](#). Angefeuert durch eine [Fake-News-Kampagne der NZZ](#), die zu korrigieren sich [die NZZ](#) und [der Bundesrat](#) weigerten, hat die Schweiz inzwischen die Unterstützung zahlreicher NGO in Palästina und Israel gestoppt. „Das künftige NGO-Engagement“ werde fortan „eingebettet in eine erstmalige gemeinsame Strategie für Israel und das Besetzt Palästinensische Gebiet“, [erklärte der Bundesrat](#) in holprigem Deutsch.

Wir wollen darüber diskutieren, worum es bei dieser „erstmaligen gemeinsamen Strategie“ geht und welchen Stellenwert die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft weiterhin hat. Auch deshalb, weil die Menschenrechtslage überall, [namentlich auch in Palästina](#), sehr schlecht ist und es deshalb von besonderer Bedeutung wäre, gerade auch in Palästina Menschenrechtsverteidiger/innen zu unterstützen.

### 3. Nächste Sitzung

Jeweils am dritten Dienstag der Session von 18.15 – 20.15 Uhr. Nächstes Mal: **19. März 2019**

Mit besten Grüßen Peter Hug